



## **Pressemitteilung**

Mit der Bitte um Veröffentlichung

**Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft**  
Landesverband Bremen  
Lönningstr. 35  
28195 Bremen

Tel.: 0421 - 33 76 40  
Fax: 0421 - 33 76 430  
Internet: [www.gew-hb.de](http://www.gew-hb.de)  
e-Mail: [info@gew-hb.de](mailto:info@gew-hb.de)

Ansprechperson: Christian Gloede-Noweck  
Tel: 0174-9790755

Datum: 23.06.2010

---

### **„Viel zu wenig, statt ein wenig zu viel!“**

„Manchmal, so scheint es mir, ist es ein wenig zu viel für die Schulen“, bemerkte Senatorin Jürgens-Pieper in ihrem Einleitungsreferat zur „Fachtagung Inklusion“ der KMK mit Blick auf die Umwandlung des Bremer Schulsystems. Gleichzeitig stellt sie fest, dass ca. 90% aller an Förderschulen unterrichteter Kinder, und dies sind bundesweit mehr als 80% aller Schüler mit Förderbedarf, aus familiären Bezügen kommen, die gekennzeichnet sind durch Armut, Erwerbslosigkeit, Migration und niedrigem Bildungsstand. Allein diese Zahlen dokumentierten den ungebrochenen Willen zur Aussonderung, der seinen Ursprung in der Mehrgliedrigkeit des Schulsystems habe und dadurch Aussonderung in diesem Ausmaß erst ermögliche. „Und diese Mehrgliedrigkeit hat die Barrieren in den Köpfen vieler Menschen zementiert“, kommentiert die Bildungsgewerkschaft GEW diese Zahlen.

Die längst überfällige Umwandlung der Schulen zu „inkluisiven Schulen“ müsse nicht nur mit „verlässlichen Rahmenbedingungen“ (Jürgens-Pieper) begleitet werden, sondern durch gute und verlässliche Ressourcen unterstützt werden, fordert die GEW. Nicht die Anforderung an die Schulen, allen Schülern durch weiter zu entwickelnde Unterrichtsformen gerecht zu werden ist zu viel, sondern Unterstützung, Fortbildung und Stundenzuweisungen seien zu gering, so die GEW weiter. Erst dann werde aus Lippenbekenntnissen ein politisches Bekenntnis zur inklusiven Bildung und bilde die Grundlage zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen. Dies sei nicht nur eine Aufgabe des Bildungsressorts, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Natürlich müsse auch die Sonderpädagogik ihre Rolle in einer inklusiven Schule neu finden, aber die „Herausforderung Inklusion“ richte sich in erster Linie an die Lehrkräfte in den „Regelschulen“. Ihre Herzen müssten gewonnen werden, ihnen müsse die Unterstützung gegeben werden, die notwendig ist, sich dieser Herausforderung zu stellen. Dabei dürften haushaltspolitische Einwände vor dem Hintergrund der Rechtsverbindlichkeit der UN-Konvention keine Rolle spielen. Zu hinterfragen sei hier



eher die Aufrechterhaltung von Förderzentren als Angebotsform, so die GEW zu der Ankündigung der Senatorin, die Förderzentren in Bremen erst 2017 abschaffen zu wollen.

„Heute stehen Eltern auch von geistig und schwerst-mehrfach behinderten Kindern vor der Allgemeinbildenden Schule und wollen hinein. Auch ihnen darf dieses Recht nicht verwehrt werden. Die deutsche Bildungspolitik hat in den letzten Jahrzehnten die Integration weitgehend verschlafen; damit hat sie sich aber nicht das Recht erworben, diesen internationalen Diskussionsprozess nachzuholen. Handlungsdruck besteht jetzt“, betont Landesvorstandssprecher Gloede-Noweck. Und ob Bremen hier (wieder) eine Vorreiterrolle übernehme, wie in den 80er Jahren, entscheide nicht ein Schulgesetz, sondern die Praxis der Umsetzung einer Schule für wirklich alle. Zu hinterfragen sei im Übrigen auch, ob die neu geschaffene Dreigliedrigkeit im Kita-Bereich mit Regel-, Index- und Schwerpunkteinrichtungen für Kinder mit Förderbedarf der Un-Konvention standhalte, so Gloede-Noweck weiter.